

V0474/24

**Museum für konkrete Kunst und Design (MKKD)**

**- 4. ergänzende Projektgenehmigung**

**(Referent: Herr Hoffmann)**

**Antrag:**

1. Für das Bauvorhaben Museum für Konkrete Kunst und Design wird eine 4. Ergänzende Projektgenehmigung erteilt.
2. Die bisher genehmigten Kosten in Höhe von 46,9 Mio. € werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 12,95 Mio. € ergänzt und genehmigt.  
Die Gesamtkosten betragen damit voraussichtlich 59,85 Mio. €.
3. Die benötigten zusätzlichen Mittel in Höhe von 12,95 Mio. € sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung auf der Haushaltsstelle 321300.940010 Museum für Konkrete Kunst – Hochbaumaßnahmen, Neubau entsprechend einzustellen.
4. Es wird zukünftig kein regelmäßiger Sachstandsbericht im Ausschuss für Kultur und Bildung mehr gegeben, ersatzweise wird beim Erreichen von wichtigen Meilensteinen berichtet.
5. Drei Werbestelen im Außenbereich des Museums sollen als digitale Variante umgesetzt werden – die Mehrkosten in Höhe von 50.000 € werden genehmigt. Diese Kosten sind in den unter Punkt 2 genannten Mehrkosten bereits enthalten.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Generalplaner und Projektsteuerer Honoraranpassungen infolge Bauzeitverlängerung zu vereinbaren.
7. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Verpachtung der Gastronomie abweichend von den ursprünglichen Planungen nunmehr ohne Ausstattung erfolgen soll. Dies führt gegebenenfalls zu Änderungen beim Vorsteuerabzug. Eventuell anfallende Rückzahlungen sind nach Abschluss der Prüfungen unverzüglich zu leisten.

Ausschuss für Kultur und Bildung	09.07.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	16.07.2024	Vorberatung
Stadtrat	23.07.2024	Entscheidung

**Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 16.07.2024**

Stadträtin Peters habe die Befürchtung, dass das Ende der Kosten noch nicht erreicht sei. Da das Gebäude auf diesem Areal das letzte seiner Art ist, seien grundsätzlich hohe Kosten zu rechtfertigen, jedoch nicht mehr in dieser Höhe. Trotz der Bedeutung und ihrer Sympathie

für die Konkrete Kunst stelle sie sich die Frage, ob man der Kostenexplosion nicht näher auf den Grund gehen müsse. Eventuell könne jemand in Regress genommen werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hoffe, dass das Geld, wie auch im KBA dargestellt, ausreichen werde. Sie ist der Meinung, dass es keinen konkreten Fehler gebe, sondern eine Verquickung unterschiedlichster Umstände zur Situation geführt habe.

Herr Hoffmann erklärt, dass bei der Vorlage knapp kalkuliert worden sei, um keinen Druck gegenüber den Firmen zu verlieren, indem mehr Geld als womöglich nötig zur Verfügung gestellt werde. Jeder sei sich einig, dass sich die Kosten nicht mehr erhöhen dürften. Er erinnert an den Baupreisindex, der sich seit Beginn der Bauphase 2017 um insg. 49 % erhöht habe und sagt zu, dass nach Abschluss des Projekts ein „Lessons Learned“ erfolgen solle, um sämtliche Probleme und Fehler aufzuarbeiten und für die Zukunft vorzubeugen. Neben offensichtlichen Schwierigkeiten wie den gestiegenen Baupreisen, sehe er auch die Lage am Fluss, die Archäologie und die Entscheidung für eine Unterkellerung als kritische Aspekte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll mahnt künftig zu einer vorsichtigen Herangehensweise gerade im Hinblick auf bevorstehende Bau- und Sanierungsprojekte.

Stadtrat Schäuble stimmt dem Baureferenten zu, dass es aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar sei, warum man sich für eine Untergrabung des Gebäudes entschieden habe. Für die Zukunft sei ihm wichtig, dass transparent und ehrlich kommuniziert werde und eine beschlossene Summe nicht etliche Male revidiert werden müsse. Dies wirke sich entscheidend auf die politische Glaubwürdigkeit des Stadtrates nach außen hin aus. Die Kosten müssten so ehrlich wie möglich und nicht so wünschenswert wie möglich dargestellt werden. Er gehe davon aus, dass dies zu deutlich härteren Diskussionen führe, und dass das ein oder andere Projekt infolgedessen möglicherweise abgelehnt werde, dennoch sei dies der richtige Weg. Da man bei Sonderbaustellen, wie bei der bevorstehenden Sanierung des Stadttheaters, die Kosten nie ganz genau kalkulieren könne, halte er einen Kostenkorridor für sinnvoll. Die gescheiterten Kammerspiele hätten gezeigt, dass die Bürger sehr wohl die Kostensteigerungen im Blick hätten.

Herr Grandmontagne erklärt, dass er die Vorgänge in Ingolstadt noch nicht genau kenne, jedoch berichten könne, dass die Probleme in anderen Städten die gleichen seien, so zum Beispiel bei der Sanierung des Staatstheaters in Augsburg. In den letzten Jahren habe sich herauskristallisiert, dass es ein bestimmtes Bündel von Fehlern gebe, die immer wieder bei solchen Maßnahmen auftreten. Ein wesentlicher davon sei die Tatsache, dass zu wenig Zeit in die Vorplanungsphase investiert werde. Gestern habe es dazu zum ersten Mal einen Termin für das Stadttheater gegeben. Wichtig sei auch, dass keine Zahlen kommuniziert würden, bei denen von vornherein klar ist, dass sie nicht eingehalten werden könnten. Weiter könne er anbieten, dass die Deutsche Theater-technische Gesellschaft dem Stadtrat ihren Sanierungsleitfaden vorstelle.

Für Stadtrat Wittmann sei die Entscheidung, das historische Gebäude zu unterkellern der größte Fehler des Projekts gewesen. Trotz der Aussage eines Ingolstädter Ingenieurbüros, dass dies nicht kalkulierbar sei, sei der Beschluss gefasst worden. Nichtsdestotrotz sei unstrittig, dass das Museum ein Aushängeschild für Ingolstadt werde, auf das man stolz sein könne. An Herrn Hoffmann gewandt bekräftigt er, dass eine weitere Kostenerhöhung bis zur Eröffnung nicht gut ankommen würde. Des Weiteren sei für ihn klar, dass der Projektsteuerer, das begleitende Ingenieurbüro, von Anfang an versagt habe. Man könne nicht Millionen für seine Arbeit verlangen und dann immer wieder sagen, dass die Kosten

nun doch teurer werden. Dies zu verhindern sei eigentlich genau deren Aufgabe. Er sei sehr enttäuscht über die unprofessionelle Arbeit und hätte noch vor der letzten Wahl eine Aussage erwartet, dass der Keller seitens der Stadt dringend überdacht werden müsse, um im Kostenrahmen zu bleiben.

Stadtrat Höbusch erinnert, dass in den Gremien bereits das ein oder andere Mal über das Thema Regress gesprochen worden sei und dies auch laufend geprüft werde, aber nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung bisher nicht weiterverfolgt worden sei.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Erfahrung zeige, dass ein Rechtsstreit bei Baumaßnahmen meist in einem Vergleich ende. Für einen einseitigen Schuldspruch sei es nötig, eine genaue kausale Kette der Fehler darzulegen, was in nahezu allen Fällen aber unmöglich sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bestätigt, dass bei Bauprozessen viele Einzelpositionen abgearbeitet werden müssten, wofür es einige Sachverständige und Gutachten bedürfe. Dies sei langwierig, kostenintensiv und ende selten bei einem eindeutigen Schuldigen. Andererseits müsse man bestehende Regressmöglichkeiten natürlich nutzen, schon aufgrund der Vermögensbetreuungspflicht gegenüber der Stadt.

*Stadträtin Peters nimmt aufgrund einer möglichen persönlichen Beteiligung nicht an der Abstimmung teil.*

Gegen eine Stimme:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.